

## **Ende der Illusionen**

### **Steuerwettlauf nach unten ist das falsche Programm**

Deutschland ist nach wie vor die drittstärkste Volkswirtschaft der Welt, beim Export Dauer-Weltmeister, in der Forschung Vize-Meister nach den USA. Die ausländischen Investitionen in Deutschland nehmen zu, neue Milliardenaufträge aus Arabien stärken die Handelsbilanz, die Reformen der Agenda 2010 „beginnen zu wirken“, ein stetiges, wenn auch geringes Wachstum scheint sicher – irgendwann wird sich das alles schon am Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Grund zur Zuversicht?

Für derartige Illusionen ist keine Zeit mehr. Sie dauern nun schon fünfzehn Jahre. Alle genannten Stärken Deutschlands waren im wesentlichen auch schon in den Jahren nach 1990 vorhanden. Alle Rezepte der Angebots-Theoretiker wurden ausprobiert. Zahlreiche staatliche Leistungen wurden gekürzt, große Unternehmen entlastet. Nur die Arbeitnehmer/innen und die Arbeitslosen haben nichts davon gehabt.

*„Wait and see“*

Die deutsche Wirtschaft ist in den vergangenen fünfzehn Jahren im Durchschnitt um 270 Milliarden Euro jährlich gewachsen. Davon ist bei den Arbeitnehmern kein Cent angekommen. Die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten sind gegenüber 1990 um knapp 1% gesunken. Doch dieser Verzicht war vergebens. Er hat den Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindert.

In der gleichen Zeit sind die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um rund 40% gestiegen, die Gewinne von Kapitalgesellschaften gar um 75%. Allein die Unternehmensteuerreform 2000 hat die Kapitalgesellschaften von 2001 bis 2004 um

insgesamt 50 Milliarden Euro entlastet. Aufkommen aus der Körperschaftsteuer 2001: Null.

Doch damit nicht genug: In 2001 und 2002 erhielten Kapitalgesellschaften, die ihre Gewinne zum früher höheren Körperschaftsteuersatz versteuert hatten und als Rücklage im Unternehmen behalten haben, bei Ausschüttung dieser Rücklagen 1€ Steuerrückzahlung auf je 6 € Ausschüttung. Dies bedeutete im Ergebnis Steuerrückerstattungen von mehreren Milliarden € an die Aktiengesellschaften und GmbHs. Ganz zu schweigen von der Begünstigung der Konzerne durch die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne (z.B. der Deutschen Bank mit ausgewiesenen 2,3 Mrd. € in 2002).

Unterdessen bringen es die Kapitalgesellschaften immerhin auf versteuerte Rücklagen in Höhe von 180 Mrd. €.

„Im internationalen Vergleich,“ so das Handelsblatt im August 2001, „ist Deutschland eine Steueroase – Kapitalgesellschaften leisten überhaupt keinen Beitrag mehr zur Staatsfinanzierung. Die Steuerlast, über die die deutsche Wirtschaft klagt, ist ein Phantomschmerz.“

Diese Entlastung der Unternehmen, erkaufte mit dem vorübergehenden Zusammenbruch einer ganzen Steuerart, reichte ganz offensichtlich nicht aus, um im Saldo genügend neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Steuergeschenke an die Konzerne blieben völlig wirkungslos.

Auch im Jahr 2005 ist „nicht zu erwarten, dass die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgeht,“ so der Ober-Sachverständige der Bundesregierung, Bert Rürup. Die sogenannten Wirtschaftsweisen, deren Berechnungen ebenso regelmäßig widerlegt werden wie die der Steuerschätzer, werden inzwischen kleinlaut. Prognosen: Zwischen 0,6 und 0,9 % Wirtschaftswachstum. Zu wenig, um Hoffnung am Arbeitsmarkt zu verbreiten.

Weiter eisern sparen oder Steuern runter oder beides – die Ratschläge der Wirtschaftsexperten folgen entweder Brüning oder Kohl. Neuere Debatten blendet

die herrschende Meinung, geführt von dem liberalen Eiferer im Präsidialamt, völlig aus.

Also geht der staatliche Ausverkauf weiter. Nach dem Job-Gipfel soll die Körperschaftsteuer erneut um weitere 6%-Punkte auf ganze 19% gesenkt werden, um die Nominalsteuersätze den niedrigen realen Sätzen anzunähern. Mit diesem Steuerdumping nach dem Vorbild Irlands unterbietet Deutschland seine EU-Partner Frankreich, Italien, Spanien, Österreich und die Niederlande. Damit verbunden ist die pure Hoffnung auf mehr Investitionen und darauf, dass sich mehr Finanzholdings in Deutschland ansiedeln. Dabei sind es nicht die Kapitalgesellschaften, die zusätzliche Arbeit schaffen.

Die kleinen und mittleren Unternehmen, die für Bewegung am Arbeitsmarkt sorgen könnten, sollen durch eine Erhöhung des Anrechnungsfaktors der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer entlastet werden. Eine Scheinentlastung. Handwerk und kleine Betriebe zahlen jedenfalls in Berlin schon seit längerem keine Gewerbesteuer mehr!

Die faktische Große Koalition des Job-Gipfels setzt die fünfzehnjährige Angebotspolitik des „wait and see“ fort. So stehen nach 15 Jahren Steuersenkung und Lohnverzicht auch im Jahresdurchschnitt 2005 mit hoher Wahrscheinlichkeit über 5 Millionen Arbeitslose.

### *Soziale Realität als Konjunkturhindernis*

Die übrigen Daten zur sozialen Realität in Deutschland sind ebenfalls rekordverdächtig.

Die Armut in Deutschland nimmt zu. Galten 1998 noch 12,1% der Bevölkerung als arm, so waren es 2004 schon 13,5% oder mehr als 12 Millionen Menschen. Diese offiziellen Zahlen werden von der Realität vermutlich noch übertroffen. Bereits jedes achte Kind lebt auf Sozialhilfeniveau. Eine Umkehr dieses Trends ist 2005 nicht zu erwarten, eher eine Verstärkung.

Die Gesellschaft spaltet sich zusehends in arm und reich. Immer mehr Vermögen ballt sich in immer weniger Händen. Die unteren 50% der Haushalte müssen sich mit nur noch 4% des gesamten Privatvermögens begnügen; die oberen 10% der Bevölkerung besitzen knapp die Hälfte davon, Tendenz steigend.

Deren Anteil am Steueraufkommen sinkt ständig. Die Besteuerung von Kapitalerträgen und großen Vermögen ist in Deutschland im internationalen Vergleich ohnehin extrem niedrig (Aufkommen in OECD 2,0%, in EU 1,9%, in Deutschland 0,9% des BIP). Dennoch geht das Steueraufkommen aus Kapitalerträgen und Vermögen weiter zurück, obwohl dessen Anteil am Volkseinkommen zu Lasten der Löhne wächst.

So haben 2004 die privaten Vermögen erstmals die Gesamtsumme von vier Billionen Euro überschritten. Die wachsenden Geldvermögen treiben die Sparquote auf Rekordhöhen. Weit über 60% der Ersparnisse fließen in Bankeinlagen und Versicherungsprodukte – alles Geld, das dem Konsum dauerhaft entzogen ist.

Die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung wird ein immer größeres Hindernis für die notwendige Belebung der Binnenkonjunktur.

Die Verzichterreformen tun ein Übriges, um die Massenkaufkraft zu schwächen. Schließlich verstärken die staatlichen Ausgabenkürzungen infolge der Erosion der Steuerquellen diese Spirale nach unten.

Die bisher eingeleiteten Reformen am Arbeitsmarkt schaffen von selbst keine Wachstumsimpulse. Richard Layard, Berater von Tony Blair, stellt nüchtern fest: „Der höhere Druck auf Arbeitslose wird die Arbeitslosigkeit erst dann sinken lassen, wenn die Wirtschaft wächst und neue Stellen überhaupt zur Verfügung stellt – nicht umgekehrt.“

Mit Steuersenkungen für Konzerne, Lohnverzicht und Leistungskürzungen sind die ohnehin begrenzten Wachstumsreserven also offensichtlich nicht zu mobilisieren. Höchste Zeit zur Umkehr.

Der von Kohl und Waigel erzwungene Stabilitätspakt ist gescheitert. Die EU ist endlich zur Realität zurückgekehrt. Italien und Griechenland konnten den Vertrag ohnehin nur mit Haushaltstricks erfüllen. Frankreich und Deutschland hatten sich längst von ihm verabschiedet. Zu lange schon hat die verfehlte Austeritätspolitik die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt.

Mit der Abkehr vom Stabilitätsfetisch auf EU-Ebene muss endlich auch auf nationaler Ebene die Spirale nach unten durchbrochen werden. Vorschläge sind vorhanden.

### *Staatlichen Ausverkauf beenden*

Es muss wieder das Ziel sein, die Finanzgrundlagen des Staates zu stärken statt sie den neoliberalen Meinungsmachern zu opfern. Dazu muss vor allem anderen die „Erosion der Kapitalbesteuerung“ (EU-Kommission) gestoppt werden. Eine Senkung der Körperschaftsteuer um weitere 7 Milliarden € ist weder haushaltspolitisch noch vor dem Hintergrund der steigenden Gewinne und Dividende der Kapitalgesellschaften vertretbar.

Die Sicherung der staatlichen Finanzkraft wird nicht nur für die EU immer wichtiger. Auch Wirtschaftswissenschaftler zweifeln zunehmend daran, dass ein weiterer Rückzug des Staates durch immer neue Steuersenkungen die Lösung ist.

Neue Ansätze sind gefragt. Ein Hauptproblem, so der Wiesbadener Wirtschaftsprofessor Lorenz Jarass, ist die Neigung der Konzerne, wachsende Teile der im Inland erwirtschafteten Wertschöpfung wie etwa Zinsen in Niedrigsteuerm ländern auszuweisen. Zunehmend werden Finanzholdings in diese Länder verlegt. So erzeugt z.B. Irland Druck auf andere Länder, ihre Steuersätze ebenfalls zu senken.

Solange eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung mindestens in Europa aussteht, bleibt nach Jarass nur ein Weg: Die inländische Wertschöpfung beim Betrieb zu besteuern. Nicht nur Gewinne und Löhne, sondern auch die im Betrieb erwirtschafteten Schuldzinsen und Lizenzgebühren müssen durch den Sitzstaat der Betriebsstätte besteuert werden.

Ein weiterer Vorschlag ist nach US-Vorbild eine Mindeststeuer für Gewinne. Solange es nicht gelingt, durch Streichung von Vergünstigungen und Befreiungen die steuerliche Bemessungsgrundlage zu verbreitern, muss eine systematische Mindestbesteuerung bei den Gewinnen ansetzen. Die Begründung für die in den USA seit 1986 geltende „Alternative Minimum Tax“ trifft voll auch auf Deutschland zu: „Obwohl derartige Vergünstigungen Anreize für wichtige Ziele darstellen, werden sie kontraproduktiv, wenn einzelne Steuerzahler dadurch alle Steuern vermeiden können, weil dadurch die Akzeptanz des gesamten Steuersystems beeinträchtigt wird und damit letztlich auch die Vergünstigungen in Misskredit geraten.“

Boeing, AT&T und die anderen 40 größten US-Unternehmen zahlten Anfang der achtziger Jahre bei einem Gewinn von insgesamt 60 Mrd. \$ nicht einen Dollar Ertragssteuer, erhielten aber über 2 Mrd. \$ Subventionen. Alle Versuche, die Schlupflöcher zu schließen, scheiterten, so Jarass, „am Kartell der Begünstigten“. Seit Einführung der Alternative Minimum Tax zahlen auch die Großen wieder Steuern.

Eine Mindestbesteuerung der ausschüttbaren Gewinne, ermittelt nach dem aktuellen Marktwert, könnte auch in Deutschland Abhilfe schaffen – systemkonform, wie der Wiesbadener Experte betont. Bisher gilt der Marktwert eines Unternehmens steuerlich nur bei Wertminderungen des Betriebsvermögens. Werterhöhungen werden erst bei Verkauf berücksichtigt. Bei einer Mindestbesteuerung würde generell der Marktwert zur Bestimmung des Gewinns herangezogen. So könnte bei erheblichen Unterschieden zwischen den enormen Dividenden für die Aktionäre und dem für den Fiskus ausgewiesenen Gewinn der Staat wenigstens in Höhe einer Mindeststeuer an den ausschüttbaren Gewinnen beteiligt werden.

Überfällig ist auch etwa die Begrenzung der Verlustverrechnung zwischen verbundenen Unternehmen. Mit der steuerlichen „Organschaft“ können selbständige juristische Personen ihre Gewinne und Verluste gegenseitig verrechnen und so das zu versteuernde Einkommen rechnerisch auf Null setzen. Dies geht in anderen Ländern entweder gar nicht (Italien) oder nur bei echten Mehrheitsbeteiligungen (USA: 80%; Frankreich: 95%). Die Anläufe der SPD-Bundestagsfraktion zur

zeitlichen und horizontalen Begrenzung der Verlustverrechnung sind bisher am BMF und der CDU gescheitert.

Nicht mehr begründbar ist auch die Absetzbarkeit der Kosten für Wertpapierkäufe als Betriebsausgaben. Wer Geld übrig hat, soll es auf die Finanzmärkte tragen. Gewollt ist aber wohl eher, es im Betrieb zu reinvestieren. Die Akzeptanz des Steuersystems muss leiden, wenn der Kauf von Wertpapieren weiter steuerlich begünstigt wird.

Schließlich muss – schwer genug – eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung in der EU gefunden werden.

### *Wachstumsprogramm für Bildung und Umwelt*

Die Vorschläge für mehr Investitionen des Staates und für die Stärkung der kleinen und mittelständischen Betriebe, die allein die Wende am Arbeitsmarkt herbeiführen können, liegen alle auf dem Tisch. Die ideologischen Barrieren gegen ein umfassendes Wachstumsprogramm müssen fallen.

Die Betriebe wären erleichtert, wenn bei der Mehrwertsteuer von der Soll- zur Ist-Besteuerung umgestellt würde. Handwerk und Mittelstand wären zudem am Markt günstiger, wenn sie nur den halben Mehrwertsteuersatz nehmen müssten. Vor allem aber würden gerade sie von einer wachsenden Nachfrage profitieren.

Die muss gestärkt werden durch Investitionen in den Kommunen, aber auch durch den Bund. Der riesige Investitionsbedarf der Kommunen für den Ausbau der Bildungsinfrastruktur muss endlich erfüllt werden. Die positiven Auswirkungen auf die Märkte sind beim DIW nachzulesen. Angefangen werden kann bei der Ganztagsbetreuung für Kinder, deren Effekt auf den Arbeitsmarkt in Frankreich zu besichtigen sind. Ebenso besteht ein erheblicher Investitionsstau beim umweltfreundlichen Verkehr und bei regenerativen Energien, den der Bund abbauen muss.

Dies alles ist finanzierbar – durch Umwidmung der Milliarden geschenke für die Kapitalgesellschaften in Investitionen des Staates.

### *Konjunkturfeindliche Einkommens-Umverteilung stoppen*

Die Binnennachfrage wird kaum steigen können, wenn die Reallöhne weiter sinken. Sie müssten stattdessen in Höhe des Produktivitätszuwachses steigen. Auch verkehrt sich die Welt immer mehr, wenn es ausgerechnet Stoiber ist, der den gesetzlichen Mindestlohn fordert. Jedenfalls sollte die SPD mal bei Tony Blair nachfragen, wie der – wenn auch niedrige - Mindestlohn in Großbritannien gewirkt hat .

Wer die Umverteilung der Einkommen von unten nach oben umkehren oder wenigstens stoppen will, muss die Reihe der Verzichtsreformen beenden und den Mut haben, sie in Teilen zu korrigieren – so z.B. beim Zuverdienst, bei der 58er-Regelung, bei der Anrechnung von Rentenansprüchen. Auf der anderen Seite gehört auch der Mut dazu, die Erbschaftsteuersätze so zu erhöhen, dass sie internationales Niveau erreichen.

Für die Bundesregierung muss die Zeit der hilflosen und wirkungslosen Appelle an die Moral oder gar an den Patriotismus der Manager vorüber sein. Nötig sind deutliche und glaubhafte Zeichen eines sozialen und ökologischen Neubeginns. Nur so schafft der Staat bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft der Zukunft.

Der SPD bleibt nur die permanente Reform. Für die Verwaltung des Status quo werden andere gewählt. Reform der UNO, Europäisches Sozialmodell, Europäischer Binnenmarkt durch Harmonisierung, internationale Krisenbewältigung und nachhaltige Entwicklung, Große aufkommensneutrale Steuerstrukturreform, Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, Ganztagsbetreuung für Kinder, Gleichstellung der Frauen im Wirtschaftsleben, Föderalismusreform – Reformbedarf für weitere vier Jahre gibt mehr es genug. Für rot-grün.

---

#### Quellen:

BMF, EU-Kommission, Financial Times Deutschland, Harald Schumann, DIW, Hans-Böckler-Stiftung, Nationale Armutskonferenz (NAK), Dresdner Bank, Lorenz Jarass,